



P/SN-47/ME 1 von 2

ÖSTERREICHISCHE DENTISTENKAMMER

KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

1014 WIEN I., KOHLMARKT 11
TELEFON 533 70 62, 533 70 64

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

GESETZENTWURF	
Zl.	47-GE 9/87
Datum:	22. SEP. 1987
Verteilt:	22. SEP. 1987

H. Karyk

HR Dr. Wü/Ho

Nr.

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Datum

Bei Antworten bitte anführen

15.7.1987

Zl. 20.616/1-2/1987 1987 09 18

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz ge-
ändert wird (13. Novelle zum GSVG)

Zu dem übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird
(13. Novelle zum GSVG) gestattet sich die gefertigte Öster-
reichische Dentistenkammer nachfolgende Stellungnahme ab-
zugeben.

Nach dem Entwurf soll der § 94 Abs. 2 des GSVG in der Weise
geändert werden, daß Zahnbehandlung und Zahnersatz durch Ärzte,
nach den Bestimmungen des Dentistengesetzes BGBl. Nr. 90/1949
auch durch Dentisten, in eigenen hierfür ausgestatteten Ein-
richtungen des Versicherungsträgers oder in Vertragseinrich-
tungen nach Maßgabe der Bestimmungen der Satzung zu gewähren
sind.

Diese beabsichtigte Änderung des § 94 Abs. 2 wird von der gefer-
tigten Kammer mit aller Entschiedenheit abgelehnt und es wird
beantragt, daß der bisherige § 94 Abs. 2 unverändert bleibt.

Die Ergänzung, daß Zahnbehandlung und Zahnersatz auch in eigenen, hierfür ausgestatteten Einrichtungen des Versicherungsträgers oder in Vertragseinrichtungen zu gewähren sind, erscheint deshalb nicht erforderlich, weil die überwiegende Mehrheit der Versicherten der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft sich in größeren Orten bzw. Ballungszentren befindet, in denen die zahnheilkundliche Versorgung der Versicherten durch freipraktizierende Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde und Dentisten in besonders ausreichendem Maße sichergestellt ist. Für eigene Einrichtungen oder die Behandlung in Vertragseinrichtungen besteht daher keinerlei Bedarf. Eigene Einrichtungen des Versicherungsträgers würden nur zusätzliche beträchtliche finanzielle Mittel erfordern, obwohl die zahnheilkundliche Versorgung bereits jetzt gegeben ist. Die in den Erläuterungen für die Abänderung des § 94 Abs.2 angegebene Begründung, daß derzeit schon in allen übrigen gesetzlichen Krankenversicherungen diese Behandlungsmöglichkeiten vorgesehen sind, erscheint der gefertigten Kammer keineswegs stichhaltig, weil bei diesen Krankenversicherungen ganz andere Strukturen der Versicherten, was die ortsmäßige Aufteilung dieser betrifft, vorliegen.

Von der gefertigten Kammer wird daher die Änderung des § 94 Abs.2 des GSVG abgelehnt.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme sind unmittelbar dem Präsidium des Nationalrates übermittelt worden.



Sipek
Dentist Kurt G. Sipek
Präsident